

# Die Revolution 1918/1919 in und um Gräfelfing

Quellen zur Geschichte der Revolution im Umland Münchens (1. Teil)

Von Dietrich Grund

Am 7. November 1918 beseitigten kriegsmüde Arbeiter und Soldaten unter Führung des Redakteurs und USPD-Mitbegründers Kurt Eisner (1867–1919) in einer friedlichen Revolution die Monarchie in Bayern. Die Bevölkerung freute sich über die Beendigung des verlustreichen Krieges. Man begrüßte die neue Möglichkeit der politischen Mitbestimmung in Form der Räte und wählte in 90 Prozent der Gemeinden diese Gremien. Im Bezirk Fürstenfeldbruck gab es Bürger-, Bauern-, Arbeiter- und Soldatenräte als »Schulen der Demokratie« (Kurt Eisner) in fast allen Gemeinden.<sup>1</sup> Im Januar 1919 bestimmten Männer und Frauen erstmals gemeinsam nach demokratischen Regeln einen Landtag. Über das Verhältnis von Räten und Parlament kam es bald zum Streit zwischen den Akteuren. Als Kurt Eisner am 21. Februar 1919, dem Tag, an dem er als Ministerpräsident demissionieren wollte, von einem adeligen Offizier ermordet wurde, ging eine Welle der Empörung durch das Land. Spontan bildeten sich vielerorts neue Arbeiterräte und auch sozialdemokratische Parteigruppen. Im April riefen Aktivisten der radikalen Linken als letzte Hoffnung in aussichtsloser Lage die Räterepublik aus. In den ersten Maitagen 1919 beendeten Militärverbände und Freikorps mit brutaler Gewalt die Revolution. In Gräfelfing wurden über 50 unbewaffnete russische Männer aufgrund eines ungerechten, überhasteten Feldgerichtsurteils erschossen. Wie man im Ort auf die epochalen Veränderungen des politischen Systems, auf die kriegsbedingte Lebensmittelknappheit der landwirtschaftsfernen Familien und auf die unklare Sicherheitslage reagierte, wird anhand der Beschlüsse des »Gemeindeausschusses« deutlich. Der Ausschuss war der Vorläufer des Gemeinderates. Aufgrund des vordemokratischen Wahlsystems repräsentierte er auf dem Land fast ausschließlich die wohlhabenden Bürger und Bauern. Die Bluttat an den Russen wird anhand der Niederschrift des damals tätigen Feldgerichts erhellt, die erst kürzlich vom Standesamt freigegeben wurde und hier erstmals vorgestellt werden kann. Zusätzlich wird ein neu entdeckter zeitgenössischer Bericht in Briefform zitiert, der die Revolutionszeit in Gräfelfing aus Bürgersicht beleuchtet.

## *Gemeindeausschuss 16. November 1918*

Bereits eine Woche nach der Revolution beriet der Gemeindeausschuss von Gräfelfing über die neue Lage. Das Sitzungsprotokoll scheint zu zeigen, dass das Gremium den Sturz von König und Kaiser eher positiv aufnahm und als Signal ansah, die demokratische Basis der Gemeinderepräsentanz zu vergrößern. Die Hereinnahme von zwei Vertretern aus der Arbeiterschicht veränderte die politischen Verhältnisse aber sicher nur marginal, da das Übergewicht der Bürger und Bauern erhalten blieb. Hier der Beschluss vom 16. November 1918:<sup>2</sup>

»Der Gemeindeausschuß Gräfelfing hält es angesichts der Entwicklung der politischen Verhältnisse im ganzen Lande für dringend erwünscht, daß sich auch in dem kleinen Kreise der Gemeindeverwaltung alle Bevölkerungskreise an der Arbeit im Interesse der Allgemeinheit beteiligen. Ein großer Teil unserer Einwohner, der meist bei den Isolatorwerken München-Gräfelfing beschäftigt ist, ist zum Teil noch nach der letzten Wahl nach Gräfelfing gezogen, zum Teil nicht Bürger gewesen, und steht deshalb dieser Betätigung noch fern. Um auch diesen Kreisen Gelegenheit zu schaffen, zum Wohle

des Ganzen zu wirken, wurden die Herren Heinrich Heubach, Werkmeister hier und Ludwig Vogl, Schlosser hier, eingeladen, durch Besuch der Sitzungen des Gemeindeausschusses, durch Mitberatung und Anregung zum allgemeinen Besten mitzuwirken, bis durch eine neue Gemeindevahl Gelegenheit geschaffen wird, eine aus allen Teilen der Bevölkerung zusammengesetzte Verwaltung zu berufen. (Unterschrift Josef) Huber, Bürgermeister (6 weitere Unterschriften).«

## *Militärischer Polizeischutz*

Kurt Eisner hatte in der Revolutionsnacht vom 7. zum 8. November eine provisorische Regierung aus Vertretern von USPD und SPD gebildet. Innenminister Erhard Auer verbreitete kurz darauf einen Aufruf, der verkündete, dass die neue Regierung entschlossen sei, Leben und Eigentum der Bürger auf jede Weise zu schützen. Es wurde aber betont, die Gemeinden sollten sich nicht bloß auf den behördlichen Schutz verlassen, sondern selbstständig Bürgerwehren errichten. Während zunächst spontan in vielen Städten und Gemeinden in Einwohnerversammlungen Räte gewählt wurden, legte die Regierung Eisner/Auer Ende November 1918 verbindlich fest: »In jeder Gemeinde soll ein Arbeiter- oder Bauernrat gebildet werden.«<sup>3</sup> In Gräfelfing beteiligten sich auch bürgerliche Kreise, sodass ein Arbeiter-, Bauern- und Bürgerrat (ABBR) zustande kam. Das Gründungsdatum ist nicht überliefert. Er besorgte sich jedenfalls 20 Gewehre aus Heeresbeständen<sup>4</sup> und entsprach somit Auers Forderung nach Selbstschutz.

Das Bezirksamt München versandte bereits am 15. November 1918 einen Rundbrief, in dem es hieß: »Die Schutzmannschaft der Stadt München ist durch Soldaten verstärkt [worden] [...]. In gleicher Weise sollen im Falle des Bedürfnisses die in der Umgebung der Stadt München liegenden Gendarmeriestationen verstärkt werden [...].«<sup>5</sup> Die Verstärkung der Gendarmerie sah in Gräfelfing so aus, dass von der 1. Ersatzkompanie des 1. Infanterieregimentes Soldaten hierher beordert wurden. Im Brief vom 16. Januar 1919 an die Gemeindeverwaltung Gräfelfing fordert »Kompanieführer Schmitt« einen »Löhnungszuschuss«: »Von der 1. Ersatzkompanie sind zur dortigen Gemeinde ab 12.12.18 1 Vizefeldwebel und 8 Mannschaften kommandiert. Sämtlichen Kommandierten steht täglich eine Zulage von 4.– Mark zu, welche die Gemeindeverwaltung lt. Beschluss des Regiments-Rates zu bezahlen hat. Um baldige Anherkunft des Betrages während der Zeit der Kommandierung wird gebeten.« In dem entsendenden Regiment war also als revolutionäres Beschlussorgan ein Regimentsrat gewählt worden. Bereits einige Tage zuvor hatte sich die Gemeinde wegen der »großen Auslage« für die Sicherheitswache – in dem Brief ist nur von vier Mann die Rede – an die Behörden gewandt und um einen Zuschuss gebeten.

## *Gemeindeausschuss 1. Februar 1919*

Der Gemeindeausschuss Gräfelfings tagte erst wieder Ende Januar 1919. Da es in der Gemeinde anscheinend keine Bedrohungssituationen gegeben hatte, beschloss der Ausschuss: »Die Gemeinde lehnt die weitere Bezahlung für die militärische Sicherheitswache ab und beantragt die Rückberufung derselben.« Auch der ABBR meinte, dass man von »Patrouillengän-

gen absehen« könne.<sup>6</sup> Trotzdem wurden anscheinend nicht alle Soldaten abgezogen.

Am 1. Februar 1919 befasste sich der Ausschuss mit der Versorgungslage der Bevölkerung und legte fest: »Es wird eine Kommission zur Regelung der Milchangelegenheit u. der Lebensmittelfragen gewählt, bestehend aus folgenden 4 Herren 1. Ludwig Vogl, 2. Michael Hutzler, 3. Landwirt Weinbuch, 4. Dr. Wilhelm Kölbl. (8 Unterschriften).«

Zur Wirksamkeit der Kommission gibt es keine Belege. Aber es ist ja bekannt, dass die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung damals das größte Problem darstellte. Oft ging es darum, die Bauern zu veranlassen, Lebensmittel in genügender Menge zu den staatlich festgesetzten Preisen, die auch nach der Revolution weiter gültig blieben, abzugeben. Und es genügte natürlich, wenn sich Bauern und Verbraucher mit oder ohne Kommission einigten, ohne dass hier etwas protokolliert wurde.

#### Februar 1919

In einem Beschluss vom Februar 1919 ist erstmals von einer sozialdemokratischen Ortsgruppe in Gräfelfing die Rede, die sich wohl in dieser Zeit zusammengefunden und sogleich mit Vorschlägen an die Gemeindevertretung gewandt hatte. Am 21. Februar 1919 war Ministerpräsident Eisner ermordet worden, was in ganz Bayern zu großer Erregung führte. Hiervon ist aber in den Beschlüssen des lokalen Gemeindeausschusses nichts zu spüren. Er ging bereits am nächsten Tag zur Tagesordnung über und legte sehr formal fest:

»Zu der Resolution d. Sozialdemokratischen Vereins Gräfelfing vom 10.2.19 wird beschlossen:

1.) Da mit Gemeindeausschußbeschluss vom 1.2.19 zur Regelung der Milch- und Lebensmittelfrage eine Kommission gebildet wurde, bestehend aus den Herren Weinbuch, Vogl, Hutzler und Dr. Kölbl, und diese Kommission bisher noch nicht in Tätigkeit getreten ist, wurde mit Beschluss von heute die Kommission durch die Herren Heubach + Hartnagel erweitert.

2.) Der Antrag, durch eine von der Gemeindeverwaltung einzuberufende allgemeine Gemeindeversammlung, in welcher die sämtlichen in Gräfelfing Ansässigen wählbar sein sollen, eine eigene Lebensmittelkommission zu bilden, ist gesetzlich derzeit unzulässig. Nach den Bestimmungen des Art. 106 der G. O. [Gemeindeordnung] ist die Bildung von besonderen Ausschüssen ausschließlich Sache des Gemeindeausschusses u. gehört nicht zur Zuständigkeit der Gemeindeversammlung. Eine Gemeindeversammlung im Sinne der Resolution der S.D.V.O.Gr. [Sozialdemokratischen Vereins-Ortsgruppe] ist nach den z. Zeit noch geltenden Bestimmungen der Gemeindeordnung unmöglich, da nach diesen Bestimmungen zu Gemeindeversammlungen nur Gemeindebürger geladen werden können und stimmberechtigt sind.

3.) Im Übrigen ist der Gemeindeausschuß damit einverstanden, daß allenfalls seitens des ordnungsgemäß gewählten Arbeiter-, Bauern- und Bürgerrates eine öffentliche Versammlung einberufen wird und in dieser Versammlung eine öffentliche Aussprache über die Lebensmittelversorgung der Gemeinde stattfindet. Es ist deshalb die Resolution der S.P.Gr. [Sozialdemokratischen Partei-Gruppe] mit einer Abschrift gegenwärtigen Beschlusses dem Arbeiter-, Bauern- u. Bürgerrat Gräfelfing zur weiteren Behandlung zuzuleiten. (9 Unterschriften).«

Zur Sicherheitsfrage fasst man diesen Beschluss: »Zur berittenen Schutzwache wird ab 1.3.19 ein täglicher Betrag von 1 M 20 für den Mann bis auf weiteres genehmigt. Wegen Rückerstattung [des Geldes durch den Staat] soll mit den Nachbargemeinden in Verbindung getreten werden.«

#### März 1919

Im März steht ein spezielles Problem aus dem Bereich der Lebensmittelversorgung auf der Tagesordnung der Ortsvertretung: »Über das Verhalten des Metzgermeisters N.N. beim Fleischverkauf wurde seitens der hiesigen Einwohnerschaft eine Reihe von begründeten Beschwerden erhoben. Der Gemeindeausschuß beschließt, Herrn N. N. wegen seines ungeeigneten Verhaltens Vorhalt zu machen unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß ihm im Wiederholungsfalle der fernere Fleischverkauf verboten werden wird. Der Beschluß ist zur weiteren Stellungnahme dem Lebensmittelausschuß u. dem Arbeiter- und Bauernrat zuzuleiten. (9 Unterschriften).« Es war nur noch vom Arbeiter- und Bauernrat die Rede, waren die Bürger im Streit ausgeschieden?

#### Räterepublik Bayern

Am 12. April 1919 beschloss man ohne Bezug zum neuerlichen Umschwung: »Zur Erledigung aller auf das Wohnungswesen Bezug nehmenden Geschäfte wird eine Wohnungskommission bestehend aus den Herren Bürgermeister Huber, Gem. Ausschuß-Mitglied Hartnagel u. Arbeiterrats-Mitglied Hutzler gebildet. (11 Unterschriften).« Das ist der letzte derartige Beschluss in den Revolutionsmonaten. Arbeitsergebnisse sind nicht dokumentiert, wegen den hier wie andernorts starken Interessengegensätzen zwischen Bauern, Bürgern und Arbeitern dürften sie begrenzt gewesen sein.

Nach zahlreichen Querelen war am 7. April 1919 die Räterepublik Bayern ausgerufen worden. Georg Honsberg, der Direktor der Isolatorenwerke, des größten außerlandwirtschaftlichen Betriebes in Gräfelfing, berichtet Anfang Mai in einem ausführlichen Brief an seine Mutter<sup>7</sup> von der damaligen Situation (s. Anhang). Honsberg, geb. 1871 in Freiburg/Schlesien, war mit seiner Familie im Jahr 1914 nach Gräfelfing gekommen, um die Leitung der Isolatorenfabrik zu übernehmen, die etwa in dieser Zeit die Produktion aufnahm. Von einer längeren Unterbrechung in den 1920er Jahren abgesehen, lebte er bis in die 1960er Jahre im Ort. Sein Bericht steckt voller Widerwillen gegen die Revolution und das Verhalten der Arbeiterschaft. Es war eine Arbeiterwehr gebildet und im Werk ein Betriebsrat gewählt worden. Die Arbeiter im Ort und in der Fabrik demonstrierten mit ihren Gewehren stets ihre neuerworbene Macht. Er schreibt: »Während dieser Zeit waren alle Augenblicke Demonstrationen, Reden wurden gehalten und das Volk in Bewegung gehalten [...].« Honsberg wurde sogar persönlich bedroht, als er die Wochenlöhne nicht mehr auszahlen konnte. Dies lag allerdings daran, dass die Räteregierung die Bankkonten gesperrt hatte. Schließlich übernahmen die Arbeiter selbst die Leitung der Fabrik und setzten den Direktor ab.

Nach dem erfolglosen rechtsgerichteten Putschversuch gegen die erste Räterepublik am 13. April 1919 übernahmen Kommunisten für zwei Wochen die Führung der Republik und ordneten in einer eher selbstzerstörerischen Machtdemonstration einen neuntägigen Generalstreik an. Infolge der sich verschlechternden Versorgungslage und wegen Kohlen- und Gasmangel musste die Isolatorenfabrik Ende April die Arbeit einstellen und die Arbeiter entlassen.

#### Herrschaft der Roten Armee

Nach dem Rücktritt der kommunistisch geführten Räteregierung übernahmen am 27. April 1919 die ständig im Hofbräuhaus tagenden Betriebs- und Soldatenräte sowie die »Rote Armee« die Macht. Man versuchte mit der Landesregierung, die nach Bamberg ausgewichen war, in Verhandlungen zu tre-

ten. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Johannes Hoffmann, der Freikorps und Militäreinheiten gegen München in Marsch gesetzt hatte, verlangte jedoch die bedingungslose Kapitulation. Die »Rote Armee«, welche von dem jungen Matrosen Rudolf Egelhofer geführt wurde, war dazu nicht bereit und sandte zur Verteidigung Münchens Einheiten in die Vororte. Honsberg schreibt als Zeitzeuge: »Aber persönliche Sicherheit [...] nahm dann Tag zu Tag ab, sogar auf der Straße am hellen Tage wurden besser gekleideten Leuten von roten Gardisten und hiesigen Gewaltmenschen Kleidungsstücke wie Pelzkragen etc. auch Räder einfach weggenommen [...]«

Ende April hatte die »Rote Armee« im Gemeindegebiet eine Verteidigungsstellung aufgebaut, die aber am 30. April 1919 angesichts der in Überzahl anrückenden »Weißen Truppen« kampfflos aufgegeben wurde. Honsberg berichtet darüber: »Vor drei Tagen sahen wir nun plötzlich die roten Garden schnellstens nach München flüchten, teils per Bahn, teils per Auto. Nun wußten wir, dass die Regier[ungs-]Truppen anrückten. Es verbreiteten sich auch Gerüchte über standrechtliche Erschießungen in Starnberg und [Fürstenfeld-]Bruck etc.« Bei den »Gerüchten« handelte es sich um tatsächliche Gewaltakte der »Weißen Truppen«. Sie wurden offensichtlich auch in der bürgerlichen, revolutionsfeindlichen Bevölkerung mit Erschrecken registriert.

#### Das Ende

Am 1. Mai 1919 besetzte die zur Gruppe Haas aus Württemberg zählende Sicherheitsabteilung Graeter in einer Stärke von fast 900 Mann<sup>8</sup> ohne Kampf Gräfelfing. In Major Hermann Graeters Einheit befand sich auch ein Freikorps aus rechtsradikalen Tübinger Studenten (Sicherheitskompanien 17 und 18) von 350 Mann, die schon in Augsburg die Erschießung der Räteanhänger gefordert hatten. Der Werksdirektor bot 250 Soldaten (zwei Kompanien?) Quartier in der Fabrik an und lud die zwei Truppenführer zum Kaffee und Abendbrot ein. Zuvor rückte ein Teil der Truppe aber noch zur Stadt Pasing vor. Dort hatte der revolutionäre Arbeiterrat in den Revolutionsmonaten das Sagen gehabt und versucht, die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen, Kleidung, Lebensmitteln und Kohlen zu verbessern. Vertreter der Stadt und der Arbeiterschaft teilten, da Widerstand sinnlos geworden war, der Führung der »Regierungstruppen« am 30. April 1919 mit, dass man die Waffen niedergelegt habe und dass die Rote Armee bereits abgezogen sei.<sup>9</sup>

Die Truppe Graeters ließ es sich dennoch nicht nehmen, großspurig als Sieger in die Stadt einzumarschieren, wobei sich auch gleich ein Fotograf fand, der das bedeutende Ereignis im Bild festhielt. In einem nach dem Ende der Räterepublik zusammengestellten Buch wird der Graeter-Truppe als der »tapferen Württemberger« gedacht, die in München am 2. Mai die »Rotgardisten« im Bereich Implerschule, Südbahnhof, Lindwurmstraße niedergezogen hätten.<sup>10</sup>

Am Pasinger Bahnhof liefen der Einheit 53 unbewaffnete russische Kriegsgefangene in die Arme, die in der Hoffnung auf bessere Verpflegung der Roten Armee beigetreten waren, jetzt aber ins Lager Puchheim zurück wollten. Die Württemberger nahmen die Russen gefangen und führten sie unter Misshandlungen ab. Das bayerische Justizministerium berichtete später: »Die [...] Regierungstruppen waren über die eingebrachten Russen außerordentlich erregt [...]. Nur mit Mühe konnten sie von ihren Offizieren abgehalten werden, die Gefangenen ohne weiteres zu erschießen.«<sup>11</sup> Einer der bedauerlichen Russen wurde denn auch abends, wohl um die übrigen Gefange-

nen einzuschüchtern und zu disziplinieren, von den Bewachern durch einen Pistolenschuss getötet.

#### Mord an russischen Kriegsgefangenen

Georg Honsberg bringt die weitere Behandlung der russischen Soldaten auf eine kurze Formel: »[Es war] Standgericht, in dem die Weißen Mannschaften die Offiziere überstimmten und Erschießen beschlossen wurde. Alle 52 Mann wurden gestern [2. Mai 1919] morgens ½ 9 [Uhr] in der Kiesgrube unweit des Friedhofs [...] erschossen.«<sup>12</sup> Bei der Erschießung waren als zivile Zeugen zugegen: Bürgermeister Huber, der Pfarrer, der Arzt und Polizeibeamte. Das später in der Sache vom Landgericht München eingeleitete Verfahren wurde zwischenzeitlich von Militärbehörden übernommen, dann aber wieder ans Landgericht abgegeben und im Herbst 1920 eingestellt.

#### Weißer Terror

Der »weiße Terror« (Carl Amery) im Mai 1919 kostete nach meiner Schätzung etwa 770 wirklichen oder vermeintlichen Anhängern der Revolution das Leben. In der Literatur wird oft von 1000 Toten berichtet.<sup>13</sup> Aus den verfügbaren örtlichen und überörtlichen Quellen lässt sich die Gesamtzahl der bis zum 6. Mai 1919 bei diesen Auseinandersetzungen Getöteten so abschätzen: in München (nach amtlichen Angaben) 557 Opfer; in Gräfelfing, Augsburg, Starnberg, Dachau, Fürstenfeldbruck und Rosenheim zusammen etwa 150 Tote, in weiteren 20 Gemeinden rund 60, insgesamt also etwa 770 Opfer. Die weißen Truppen, die ja teils aus regulären Militäreinheiten, teils aus Freikorps bunt zusammengewürfelt waren und sehr unprofessionell voringen, hatten am Ende etwa 70 Tote zu beklagen.<sup>14</sup> Dieser Todeszahl stehen dann also etwa 770 Opfer rechter Gewalt gegenüber. Das ist in Deutschland beispiellos. Wie brutal die Armeeverbände und Freikorps operierten, kann man beispielsweise schauernd in dem Stadtteilbuch Giesing nachlesen.<sup>15</sup> Während die Justiz in München sich sehr wenig Mühe gab mit der Aufklärung von Verbrechen der »Regierungstruppen«, schaffte sie es leicht, mehrere Tausend Verfahren gegen Räteanhänger »durchzuziehen«. Erst nach öffentlichem Druck fühlten sich die bayerischen Behörden gemüßigt, einigen Vorkommnissen aus dem Zeitraum Ende April/Anfang Mai 1919, allerdings ohne großen Energieaufwand, nachzugehen und darüber in Form einer »Denkschrift« zu berichten. Der Druck war insbesondere dadurch entstanden, dass der Heidelberger Privatgelehrte Emil Julius Gumbel in mehreren Schriften die ungleiche Behandlung rechter und linker Gewalttaten angeprangert hatte.<sup>16</sup>

#### Das offizielle Dokument

Die genannte Denkschrift des bayerischen Justizministeriums besteht aus mehreren Teilen. In dem Teil, der als Datum den 12. Dezember 1922 trägt, wird zunächst über Aktionen bayerischer und württembergischer Truppen im Raum Starnberg berichtet: Es wurden Ende April 1919 fast 30 Räteanhänger meist infolge schnell vollstreckter Feldgerichtsurteile ähnlich denen in Gräfelfing, aber nur wenige im Kampf erschossen. Wörtlich heißt es sodann:

»Von weiteren württembergischen Truppen wurden [am 1. Mai 1919] in Pasing 53 in deutsche Uniformen gekleidete russische Kriegsgefangene, die sich freiwillig der Roten Armee angeschlossen hatten, aufgegriffen und nach Lochham gebracht [...]. Die Waffen hatten sie vorher weggeworfen.

Die in Lochham liegenden Regierungssoldaten waren über die eingebrachten Russen außerordentlich erregt, weil sie am 29. April [falsch, es war am 30. April]<sup>17</sup> das von Russen vertei-

digte Fürstenfeldbruck unter Maschinengewehrfeuer hatten stürmen müssen. Nur mit Mühe konnten sie von ihren Offizieren abgehalten werden, die Gefangenen ohne weiteres zu erschießen. Um Ausschreitungen zu verhindern, brachte man daher die Russen in einer Werkzeughütte unter, konnte es aber nicht verhindern, dass ein unerkannt gebliebener Soldat die Tür der Hütte aufriß und einen Revolverschuss gegen die in einer Ecke zusammengedrängten Russen abgab, durch den einer der Russen tödlich verwundet wurde. Im Laufe des Nachmittags wurden die Gefangenen einzeln verhört. Auf dem Wege dahin wurden sie vielfach von Soldaten misshandelt. Auch diese Täter konnten nicht ermittelt werden.

Am folgenden Morgen [falsch, es war noch am 1. Mai] trat ein auf Grund der Anordnung des Gruppenkommandos West ordnungsgemäß gebildetes Feldgericht zusammen, das sämtliche 52 Russen zum Tode verurteilte, weil sie, wie in einem schriftlichen Urteil festgestellt ist, der roten Besatzung von Fürstenfeldbruck angehört hatten, dabei mit Gewehren ausgerüstet waren und am Morgen des 29. April [s. o.] beim Angriff der Regierungstruppen sich unter der Besatzung von Fürstenfeldbruck befunden hatten. Das Urteil wurde am 2. Mai 1919 in einer Kiesgrube bei Gräfelfing vollstreckt [...]. Das Verfahren war nach einleitenden Erhebungen durch den Staatsanwalt [...] von den Militärbehörden übernommen worden, nach Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit aber wieder auf den Staatsanwalt bei dem Landgericht München I übergegangen. Es wurde am 21. Oktober 1920 von diesem eingestellt.»

Wenn in amtlichen Schreiben der damaligen Zeit von »Regierungstruppen« die Rede ist, so hängt das mit der SPD-geführten Minderheitsregierung Hoffmann zusammen, die nach Bamberg ausgewichen war, nachdem am 7. April 1919 von Vertretern des »Revolutionären Arbeiterrates«, der USPD und der Gewerkschaften die »Räterepublik« ausgerufen worden war. Hoffmann holte am 13. April die Reichswehr und Freikorps zu Hilfe, verlor aber danach fast vollständig den Einfluss auf das Geschehen in Südbayern, vielmehr regierten die

Militärs nahezu diktatorisch.<sup>18</sup> Der offizielle Bericht beweist, dass die durch Propaganda verhetzten Soldaten erschreckend disziplinlos handelten. Der Sozialdemokrat Hoffmann hatte ja die Lüge verbreiten lassen: »In München rast der russische Terror«, unwahre Zeitungsberichte und böswillige Gerüchte taten das Übrige. In der Propaganda nach der Niederschlagung der Revolution spielte der Geiselmord im Luitpoldgymnasium, wo am 30. April 1919 zehn Gefangene von Rotgardisten erschossen wurden, eine entscheidende Rolle. Es war jedoch »der einzige Akt wirklichen Terrors, der der deutschen Revolution nachzuweisen ist.«<sup>19</sup> (Fortsetzung folgt)

Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Vgl. dazu »Revolution auf dem Lande 1918/19«. Bauernhofmuseum Jexhof. Schöngesing 2009.
- <sup>2</sup> Gemeindearchiv Gräfelfing, Nr. IV B 0241/16.
- <sup>3</sup> Bayerischer Staatsanzeiger vom 28. 11. 1918.
- <sup>4</sup> StA München, LRA 58055, Übersicht des Bezirksamtes über die ausgegebenen Gewehre (ohne Datum).
- <sup>5</sup> StA München, LRA 58033, Kopie vom Rundbrief des Bezirksamtes München vom 15. 11. 1918.
- <sup>6</sup> StA München, LRA 58055, Niederschrift vom 2. 2. 1919.
- <sup>7</sup> Gemeindearchiv Gräfelfing, Nr. V E 6v.
- <sup>8</sup> Dieter Fricke (Hg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Das Europäische Buch. Berlin 1968.
- <sup>9</sup> Bericht der Regierung von Oberbayern (von Kahr) ans Ministerium des Innern vom 20. 6. 1919, Privatarchiv Gräbel/von Kahr, Unterhaching.
- <sup>10</sup> Josef Karl: Die Schreckensherrschaft in München. München 1919.
- <sup>11</sup> Denkschrift des bayerischen Justizministeriums vom 28. 9. 1924, zitiert nach Emil Julius Gumbel: Vier Jahre politischer Mord und Denkschrift des Reichsjustizministers. Reprint Heidelberg 1980.
- <sup>12</sup> Gemeindearchiv Gräfelfing, Nr. V E 6v, Brief Georg Honsberg an seine Mutter, 3. 5. 1919.
- <sup>13</sup> Friedrich Prinz: Die Geschichte Bayerns. München 1997, S. 387.
- <sup>14</sup> F.W. von Oertzen: Die deutschen Freikorps 1918–1923. München 1936.
- <sup>15</sup> Thomas Guttmann (Hg.): Giesing, vom Dorf zum Stadtteil. München 1990.
- <sup>16</sup> Gumbel (wie Anm. 11). Die bayerische Denkschrift ist Teil der Denkschrift des Reichsjustizministers.
- <sup>17</sup> Tatsächlich geschah dies am 30. 4. 1919. Vgl. Heinrich Hillmayr: Die revolutionären Ereignisse von 1918/19 in Fürstenfeldbruck. In: Amperland 6 (1970), S. 10.
- <sup>18</sup> Rudolf Herz und Dirk Halbrodt: Revolution und Fotografie, München 1918/19. Berlin 1988.
- <sup>19</sup> Sebastian Haffner: 1918/19 Eine deutsche Revolution. Hamburg 1982, S. 182.

Anschrift des Verfassers:

Dietrich Grund, Wildapfelstraße 11, 82024 Taufkirchen

## Zur Situation der Heimatpflege im Landkreis Dachau

Von Kreisheimatpfleger Norbert Göttler

Die Heimatpflege im Landkreis Dachau kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Begründet wurde sie um 1900 vom Simplicissimus-Zeichner und Illustrator Prof. Hermann Stockmann, der auch bayernweit ein Protagonist der sogenannten »Heimatschutz«-Bewegung war. Der Bund Naturschutz war zu dieser Zeit übrigens noch ein kleiner Ableger der Heimatschutzbewegung und entwickelte sich erst später zu einer eigenständigen Organisation. Nach dem Krieg führten Pädagogen wie Karlmax Küppers (bis 1970) und Alois Angerpointner (bis 1989) die kulturhistorischen Bemühungen unter dem Namen Kreisheimatpflege fort. Dr. Gerhard Hanke gründete 1965, angeregt von Josef Schwalber, die wissenschaftliche Heimatzeitschrift »Amperland«, die nach seinem Tod von Prof. Dr. Wilhelm Liebhart fortgesetzt wird. Von 1990 bis 2002 kümmerten sich Ursula K. Nauderer, die Leiterin des Dachauer Bezirksmuseums, und der Architekt Hans Zaglauer um die klassischen Bereiche der Heimatpflege: Denkmalpflege und örtliche Geschichtsforschung, Brauchtum, Dialekt und Regionalkultur, Museums- und Sammlungswesen. Seit 2003 hat der Verfasser dieses Beitrags die Aufgabe übernommen.

### Bilanz

In den letzten Jahrzehnten ist vieles entstanden. In Dachau, Altomünster, Großberghofen, Karlsfeld und Ebersbach wurden Museen gegründet, an vielen anderen Orten entstanden lokale Sammlungen. Überregionale Aufmerksamkeit erregen dabei vor allem das Bezirksmuseum und die Gemäldegalerie Dachau sowie das »Museum Altomünster«, das dem Birgittenorden und seinem Kloster Altomünster gewidmet ist. Die Pflege des Laientheaters, der Volksmusik und des Volkstanzes wird im Landkreis Dachau großgeschrieben. Kaum eine Gemeinde, in der nicht entsprechende Vereine und Gruppen mit großem Engagement tätig wären. Jahr für Jahr entstehen Bücher und Schriften, in denen sich Fachleute fundiert mit der Geschichte ihrer Dachauer Heimat beschäftigen. Die von Dr. Horst Heres herausgegebene zwölbändige »Kulturgeschichte des Dachauer Landes« sei genannt, die schon erwähnte Zeitschrift »Amperland«, die Reihen »Dachauer Hefte«, herausgegeben von Wolfgang Benz und Barbara Distel, »Dachauer Dokumente«, herausgegeben von Hans-Günter Richardi, »Dachauer Diskurse«, herausgegeben von Bernhard Schoßig und Robert Sigel, sowie die vielen